

DIE GESETZGEBUNG BEZÜGLICH DER LAGE DER STELLUNGSLOSEN AKADEMIKER IN UNGARN WÄHREND DER GROSSEN WIRTSCHAFTSKRISE

KATALIN SZEGVÁRI NAGY

Auf Wirkung der Wirtschaftskrise zeigte sich überall in Europa ein „Überfluß“ an Akademikern. In unserem Land stellte auch in den vorangegangenen Jahren — wie überhaupt während der gesamten Zeit zwischen den beiden Weltkriegen — die große Zahl der stellungslosen Akademiker ein großes Problem dar. Eine in Jahre 1933 angefertigte offizielle Übersicht zeigt die Bilanz des ersten Jahrzehnts der Epoche. Die veröffentlichten Daten zeigen gut an, wie der mit dem Gesetzesartikel 25 des Jahres 1920 eingeführte Numerus clausus (zur Beschränkung der Zulassungen an die Universitäten) zur Geltung kam. In dem Ungarn nach Trianon wuchs im Vergleich zu den Jahren vor dem Weltkrieg die Zahl der Angehörigen der Intelligenz sprunghaft an. Darin zeigte sich nicht nur eine in der ganzen Welt zur Geltung kommende Erscheinung, d.h. der erhöhte Anspruch auf fachliche Arbeit, sondern auch die Anwesenheit der aus den abgegliederten Landesgebieten einströmenden Intelligenzangehörigen. — Die Anzahl der auf 100 000 Einwohner entfallenden Akademiker gestaltete sich zwischen 1913 und 1931 folgendermaßen: 1913: 97, 1920: 209, 1922: 256, 1931: 183.

Der Ermessung nach sind unter den 54 514 Akademikern 10 034 stellungslos. Die Unzulänglichkeit der Maßnahmen zur Verringerung der Anzahl der stellungslosen Akademiker wird von dem zitierten Bericht mit Recht zur Sprache gebracht, wie auch die vorgeschlagenen Mittel zur Lösung eine reale Anschauung widerspiegeln: „Obwohl das Problem der Überbelegung der Universitäten schon von dem Weltkrieg aufgetreten ist, wurde es erst nach dem Weltkrieg zur Krise. Die von der Front Zurückkehrenden sowie die Wirtschaftslage der am Krieg beteiligten Länder schufen gleichermaßen auf dem Gebiet der geistigen Arbeit ein Überangebot. Die geistig Tätigen suchten in allen Ländern nach den Organisationen, die zur Besserung ihrer Lage beitragen könnten. Es wurden auch internationale Organisationen geschaffen. Die von diesen Organen durchgeführten statistischen Erhebungen gaben die Zahl der Arbeitslosen sowie deren ständig wachsende Not an und überzeugten die zuständigen Kreise davon, daß sämtliche getroffenen Maßnahmen — die Stellungsvermittlung, Berufsberatung, Anstellungsverbot der verheirateten Frauen, die geistige Not-

arbeit – nur symptomatische Erscheinungen darstellen.“ „Es gibt nur ein einziges Heilmittel: die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten. Nicht die Abschaffung, sondern die Vermehrung der Arbeitsstellen. All das aber beansprucht einen wirtschaftlichen Aufschwung der Welt.“¹

Die auf die Verringerung der arbeitslosen Intelligenzangehörigen gerichteten Maßnahmen wirken von Anfang an auf zwei parallel zueinander verlaufende bzw. sich einander ablösende Richtungen. Einerseits werden Maßnahmen getroffen, die die Bildungsordnung der Universitäten betreffen; die größte Bedeutung für uns haben in diesem Kreis die Bestimmungen zur Regelung der Aufnahme. Andererseits will man den Brotsorgen der stellungslosen Akademiker beikommen. Innerhalb der Maßnahmen, die im Zeichen dieser zwei Zielsetzungen geschaffen wurden, treffen wir auch solche Zwangsmaßnahmen, die die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit verletzen. Die Unterscheidung nach Geschlecht, Rasse und Klasse bestand während der gesamten Epoche der Konterrevolution, kam aber besonders scharf in den Jahren der Wirtschaftskrise zur Geltung. Gegen Ende der dreißiger Jahre betrifft die auf Wirkung der Nazi-Ideologie geltende Rassengesetzgebung (erstes und zweites Judengesetz) nicht nur die Akademiker, sondern als Teil einer allgemeinen rechtsbeschränkenden Verfügung taucht die Berufseinschränkung auf. Im weiteren beschäftigen wir uns also zuerst mit den die Arbeitslosigkeit der Akademiker betreffenden allgemeinen Maßnahmen, dann untersuchen wir die die Frauen und Juden betreffenden besonderen Maßnahmen. Hinsichtlich letzterer zitieren wir die sich auf Akademiker beziehenden hauptsächlichen Bestimmungen des ersten (1938) und zweiten (1939) Judengesetzes, weil wir nur dadurch beweisen können, daß unter den gesellschaftlichen Erscheinungen, die die Entwicklung des rechtlichen Schicksales der Juden bestimmten, die Lage der stellungslosen Akademiker ein beträchtlich beitragender Faktor war.

Die rechtliche Regelung hinsichtlich der stellungslosen Akademiker in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre

Auf das schwere Schicksal der stellungslosen Akademiker weist das Blatt „Egyetem“ (Universität) bereits zu Beginn des Jahres 1932 und drängt auf Maßnahmen unter Berufung auf ausländische Beispiele.²

Der Abgeordnete Professor József Illés hielt auf der Sitzung des Abgeordnetenhauses von 2. Mai 1932, auf der der Haushalt des Jahres 1932/33 diskutiert wurde, unter großem Interesse seine Rede über das kümmerliche Schicksal der stellungslosen Akademiker und trug in Verbindung mit dieser Frage seine Vorstellungen vor.³

Professor Illés bezeichnet einen Hauptgrund der Arbeitslosigkeit der Intelligenz darin, daß die Jugend in den Jahrzehnten nach dem Ausgleich (1867) nicht zu praktischen Berufen erzogen wurde, sondern die Mittelklassen der Gesellschaft ebenso die Beamtenbahn anstrebten, wie die Söhne der gesellschaftlich höherstrebenden kleinen Existenzen. – Für erstrangig unter den Lösungen hält er die Schaffung neuer Arbeitsplätze, besonders zur Befriedigung der kulturellen und sozialen Ansprüche des Dorfes. Unter

den unmittelbar fälligen Aufgaben bezeichnet er die Rationalisierung der Amtsstellungen und erwähnt als Beispiel die Lösungen im Gesetzesartikel 67 des Jahres 1930 zur Umgestaltung der Institutionen der Komitatsverwaltung. So den Umstand, daß darin die höheren Beamtenstellungen verringert und gleichzeitig der Status des „Verwaltungspraktikanten“ eingeführt wird. Ein solcher Status gewährleistete das Existenzminimum. Eine ähnliche Lösung schlägt er in der Verwaltung des Justizwesens vor (hier können 400–500 Schreiberstellen geschaffen werden), bei den Organen der zentralen Verwaltung sowie den diesen untergeordneten Institutionen. — Beachtenswert sind die Beiträge von Gyula Berki und Károly Wolff. Berki verlegt die große Anschwellung des Beamtenapparates auf die Zeit der Koalitionsregierung. (In den Jahren 1907–1908 hatte die Zahl der öffentlichen Angestellten um 92 000 zugenommen.) Er hält die Organisation von öffentlicher Arbeit für erforderlich, die Bildung von Produktions- und Verbrauchergenossenschaften, die Besteuerung der hohen Einkommen. Beide Redner betonen, daß die Rationalisierungsmaßnahmen und die Abschaffung der Stellungen mit hohem Einkommen nicht nur im staatlichen, sondern auch im Privatsektor angewandt werden müssen.

Auf der Ministerratssitzung vom 27. Februar 1934 wurde der Erlaß einer Verordnung des Ministerpräsidenten beschlossen, die die Lage der stellungslosen akademischen Jugend einheitlich regelt. Aufgrund eines Entwurfes des Ministeriums für Religions- und Bildungswesen wurde eine aus sieben Abschnitten bestehende Rechtsregel geschaffen, die in Form der Verordnung Nr. 2390/1934. M.E. veröffentlicht wurde. Kurz zusammengefaßt besteht der Inhalt der Verordnung darin, daß zur Registrierung der Lage der stellungslosen jungen Akademiker und als vorschlageinbringendes Organ die Landeskommission der stellungslosen Akademiker (ung. Abkürzung: ÁDOB) geschaffen wurde, gleichzeitig wurden unter Beachtung entsprechender (sozialer, Studien-) Gesichtspunkte drei Kategorien aufgestellt, und die Angestellten erhielten für einen Monatslohn zwischen 80 und 100 Pengö — als Unterstützungsempfänger — Notarbeit. Nach Erlaß der Verordnung wurden den unterschiedlichen Bereichen und staatlichen Organen sowie Institutionen (Universitäten, kulturelle Einrichtungen) in bestimmtem Rahmen junge Akademiker zugeteilt.⁴

Die 1935–36 aufgestellten Listen der Angestellten weisen nach, daß die stellungslosen Akademiker nicht nur von den öffentlichen Ämtern, sondern auch von Universitäten und Bildungsinstitutionen angestellt wurden. So zum Beispiel die Landesbibliothek Széchényi 15 Personen, darunter zwei Frauen, das Landesarchiv 6 Männer, das Ungarische Historische Museum 5 Personen (darunter eine Frau), das Landesmuseum für Bildende Künste 1 Mann, um nur die hervorragendsten Institutionen zu erwähnen.⁵ Die Universitäten und Mittelschulen auf dem Land erhielten ebenfalls junge Akademiker.⁶ — Die an der Budapester Péter-Pázmány-Universität arbeitenden verdienen besondere Aufmerksamkeit, es sind 23 an der Zahl.⁷ Ihre Rolle heben wir deshalb hervor, weil in einem 1935 gestellten Antrag der Universität an das Ministerium hervorgeht, wie erfolgreich diese jungen Akademiker dort tätig waren und in bedeutenden Maße zur

Erhöhung des Niveaus der Universitätsausbildung beigetragen haben.⁸ Die erhöhte Bedeutung der ADOB-Institution wird auch durch den Umstand bewiesen, daß auch andere Ministerien in immer größerer Zahl junge Akademiker anstellten, — auf diese Weise gelangten sie zu billigen und hauptsächlich qualifizierten Arbeitskräften. 1936 stellt das Landwirtschaftsministerium bereits 147 Personen an (darunter zwei Frauen), in der beruflichen Aufteilung befinden sich darunter Tierärzte, Diplom-Landwirte, Ingenieure, Chemiker, Mittelschullehrer und Juristen. Ebenso stellt das Ministerium für Verkehrswesen 159 Personen an (die Anzahl der Frauen ergibt sich nicht aus den Quellen), das Justizministerium 74 Personen und das Innenministerium annähernd 100 Personen.⁹

Der Hauptarbeitsgeber der jungen Akademiker aber blieb das Ministerium für Religions- und Bildungswesen, obwohl aus einem von 1936 datierten Schreiben an den Finanzminister hervorgeht, daß das genehmigte Kontingent sich von jährlich 264 Personen auf 168 Personen verringert hat,¹⁰ wir können hinzufügen, daß dieses Ministerium die meisten weiblichen Akademiker mit dem Abschluß der philologischen Fakultät anstellte.

Die Angelegenheit des Arbeitslagers Csurgó verdient besondere Aufmerksamkeit sowie die Veröffentlichung des bedeutenden Teils der Quellen. — Im Sommer 1936 wandt sich der Religionslehrer Imre Longhauer in einem offenen Brief an die Redaktion der Zeitschrift Új Kor (Neue Zeit) und möchte die Einführung der Jugendarbeitslager auf dem Weg über die Presse propagieren. Er zählt allerdings auch die „Mittel“ auf, mit denen die Arbeitslosigkeit radikal behoben werden könnte. Unter den Reformgedanken gibt es solche über den sozialen Radikalismus, den Antifeminismus und auch verhüllten Antisemitismus gibt er preis (Verweis auf die Religion der Bankangestellten). Es sei bemerkt, daß sich der Ortssekretär der Nationalen Einheitspartei (der Regierungspartei) — wie das aus dem Zitat hervorgeht — sich von dem das Arbeitslager organisierenden Geistlichen abgrenzt.¹¹

Auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit der Intelligenz trat nach der territorialen Ordnung des Landesgebietes eine Änderung ein. Als Zeichen der Änderung können wir den Umstand auffassen, daß das Regierungskommissariat der Angelegenheiten der arbeitslosen Intelligenz unter Aufsicht des Ministerpräsidenten gelangte. (Verordnung Nr. 4960/1939. ME.) Und anlässlich einer Sitzung am 22. November 1939 im Finanzministerium kam es zu der Übereinkunft, daß „aufgrund des Beschlusses des Ministerrates unter den provisorisch beschäftigten Arbeitskräften mit Hochschulabschluß diejenigen eine Ernennung als Hochschulpraktikant erhalten, die bis zum 30. Juni 1937 angestellt waren. — Die Verringerung der Anzahl auf der ADOB-Liste ergibt sich dadurch, daß auf diese Weise 51 Angestellte des Ministeriums für Religions- und Bildungswesen so eine Ernennung erhielten (es sei bemerkt, daß sich darunter 20 Frauen befanden;¹² einer anderen Angabe nach handelt es sich um 97 Personen).¹³

Die Modifizierung des Numerus clausus in der Epoche der Wirtschaftskrise und der Faschisierung

Das durch die Verordnung Nr. 12 000/1928 des Ministeriums für Religions- und Bildungswesen organisierte Informationsinstitut für Hochschulstudium und Berufswahl führte in der Zeit der Wirtschaftskrise zur jährlichen Feststellung des Numerus clausus regelmäßige Erhebungen durch, wobei auch die Anzahl der sich an die Universität bewerbenden Studenten, darunter der Frauen und derjenigen jüdischer Abstammung mitgeteilt wurde. — Die beim Ministerium ankommenden Daten zeigen über die Zahl der immatrikulierten Frauen und jüdischen Studenten hinweg gut die beschränkende Tätigkeit der Aufsichtsbehörde in Laufe der von den Universitäten durchgeführten Aufnahmeprüfungen.

Die Wirtschaftskrise leitete die Aufmerksamkeit in der ganzen Welt auf die Überbelegung der geistigen Arbeitsgebiete, auf die Gefahr des „geistigen Proletariats“. Auch der Rechenschaftsbericht des Ministeriums für die IV. Sitzung des Bureau International d'Education hat dies zum Hauptthema. Es sei bemerkt, daß die Vorakte des Ministeriumsberichtes die Jahreszahl 1933 trägt, der Bericht selbst entstand 1934.¹⁴ Direktor Pál Szandtner fertigte im Bericht des Instituts von 1933 eine Aufzeichnung über die zu erwartende Verteilung des sich meldenden Studentenkontingents an die unter den Numerus clausus fallenden Hochschulen (in jenem Jahr 3055 Personen) an bzw. über die zu erwartende Verteilung auf die unter den Numerus clausus fallenden Hochschulfächer, wobei er zwischen der zu erwartenden Meldequote von männlichen und weiblichen bzw. christlichen und jüdischen Studenten unterschied. Die Meldung verteilt sich demzufolge auf die hauptsächlichsten Fächer wie folgt: an die juristische Fakultät meldeten sich an die 180 geplanten Plätze 957, darunter 955 Jungen. Der Religion nach 504 Christen, 53 Juden. Die Zahl der sich an die medizinische Fakultät meldenden betrug 582, davon waren 453 Jungen und 129 Mädchen, 416 Christen, 166 Juden. An die philologische Fakultät meldeten sich 141 Studenten, darunter 69 Jungen und 72 Mädchen, 107 waren christlichen Glaubens, 34 jüdischen Glaubens. An der ökonomischen Fakultät lagen relativ wenig Bewerbungen vor, insgesamt 80. Darunter befanden sich 56 Jungen und 24 Mädchen, die Aufteilung nach Religion war 64 Christen, 16 Juden. Die Technische Universität reizte viele zu einer Bewerbung, doch interessant ist, daß im Vergleich zu den sog. „humanen“ Fächern auch hier der Anteil der Bewerber relativ niedrig ist. Unter den 294 Meldungen fand sich keine einzige eines Mädchens, dem Glauben nach waren es 227 Christen und 67 Juden.

Die Beschränkung der Universitätszulassung weiblicher Studenten

Das Ministerium beschloß wegen der stürmischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie auch unter Hinsicht auf die hohe Zahl der sich an die Universitäten Bewerbenden eine weitere Beschränkung des Zahlenverhältnisses der weiblichen Studenten. Die verschämten Methoden wurden beiseite geworfen und die Entrechtungspraxis der Jahre

nach dem ersten Weltkrieg wiederhergestellt, wobei auch das Mittel der Beschränkung auf dem Wege von Verordnungen angewandt wird. Auch an den Fakultäten, an denen bisher kein Numerus clausus für Frauen bestand, wird dieser jetzt eingeführt. Die in der Verordnung Nr. 53 000/1927. IV. gewährleistete Zulassungsfreiheit stellte für die Frauen eine im Laufe der Durchführung angewandte Beschränkung dar, weil die Aufnahmekommissionen auch an den nicht beschränkten Fächern die männlichen Bewerber bevorzugten. Gleichzeitig führte diese beschränkende Verordnung dazu (vor allem an der medizinischen Fakultät), daß bei anderen Fächern ein weibliches Übergewicht auftrat (wie zum Beispiel bei der Pädagogenausbildung). An den Universitäten in der Provinz, die den Frauen gegenüber liberaler waren und nicht überbelegt, andererseits im pharmazeutischen Fach und an der philologischen Fakultät ergab sich für die an anderer Stelle abgewiesenen weiblichen Studenten eine größere Möglichkeit, aufgenommen zu werden. Daher sind bereits damals Zeichen der „Verweiblichung“ des Lehrerrufes zu beobachten: ihr Anteil betrug an diesen Fächern mehr als 50%. Als eine sehr beträchtliche Beschränkung kann demnach die am 16. August 1934 herausgegebene Verordnung des Ministeriums eingeschätzt werden, die an zwei Fakultäten und drei Fächern (medizinische und philologische Fakultät, pharmazeutisches, ökonomisches und Handelsfach) den Numerus clausus bei der Zulassung von weiblichen Studenten verfügt. „Ich verständige hiermit den hochgeachteten Rat“, können wir in der Verordnung des Ministers lesen, „daß ich es zwecks Erleichterung der Unterbringung der Universitätsabsolventen für notwendig erachte, die Zahl der an die Universitäten aufnehmbaren weiblichen Studenten zu beschränken. Ich verfüge daher, daß innerhalb der Anzahl der Studenten, die im Lehrjahr 1934/35 für das erste Semester aufgenommen werden können – laut gesonderter Verordnung – weibliche Studenten an der medizinischen und philologischen Fakultät bis zu höchstens 30 (dreißig), am pharmazeutischen Fach bis zu höchstens 50 (fünfzig) Prozent aufgenommen werden können. . .“ Adressiert an den Rat der Technischen Universität können wir lesen: „... am ökonomischen und Handelsfach sind weibliche Studenten bis zu höchstens 30 (dreißig) Prozent aufzunehmen. . .“¹⁵ Zu einer weiteren Beschränkung der Universitätszulassungen der Frauen kam es während der Epoche der Konterrevolution nicht.

Die Wirkung der in der Rechtsregel von 1934 beschriebenen Zulassungsbeschränkung können wir dann einschätzen, wenn wir den Verlauf der Anzahl des Studentinnen in den dreißiger Jahren vorstellen und zugleich mit den Angaben des Studienjahres 1920/21 vergleichen. In der Tabelle vergleichen wir also die Zahlenangaben von drei Jahren: die des Studienjahres 1920/21 (in dem, wie wir oben gesehen haben, die die Frauen betreffenden Beschränkungen zur Geltung kamen), die des Studienjahres 1930/31, welche die Wirkung der Verordnung von 1927 widerspiegeln und schließlich die Zahlen des Studienjahres 1936/37, die bereits die Wirkung der Beschränkung von 1934 aufweisen. Zuerst stellen wir die Veränderung des Verhältnisses von männlichen zu weiblichen Studenten dar, d.h. die zusammengefaßten Ergebnisse:¹⁶

Universität	1920		1930		1936	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Budapest	5014	786	4201	997	4093	897
Debrecen	398	43	1252	141	1101	154
Pécs	479	167	1292	122	1419	118
Szeged	1105	186	1482	297	1218	247
insgesamt:	6969	1182	8230	1557	7831	1324

Gesamtzahl der Studenten:

1920 — 8178

1930 — 9787

1936 — 9255

Wie sich aus obiger Tabelle ergibt, findet sich die bedeutendere Schicht der Studentinnen unter den Fakultäten in der Provinz in erster Linie an der Szegeder, in zweiter an der Debrecener Universität. An der Szegeder Universität besonders deshalb, weil hier gesondert von der philologischen Fakultät eine mathematische und naturwissenschaftliche Fakultät besteht und auch ein pharmazeutisches Fach existiert.

Bei Vergleich der Angaben der drei Jahre können wir hinsichtlich der Aufteilung der Frauen auf die Fakultäten eine bedeutende strukturelle Veränderung feststellen. So ist vor allem eine auffallende Erscheinung, wie sehr sich das Volumen der Ausbildung an den medizinischen Fakultäten verringert, und innerhalb dessen der Frauen. Das ist eine bedauerliche Angabe, die auch die Sozialpolitik der konterrevolutionären Epoche betrifft. Die Erscheinung fällt ganz besonders an der Budapester Fakultät ins Auge. Die von Klebelsberg durchgeführte bewußte Universitätspolitik gibt darauf zum Teil eine Antwort. Der Minister strebte wegen der Überbelegung der Budapester Universitäten nach Stärkung der Universitäten in der Provinz. Die zweite beachtenswerte Tendenz ist das langsame, doch ständige Steigen des Gesamtvolumens der philologiewissenschaftlichen Bildung, welches innerhalb von zehn Jahren eine bedeutende Veränderung brachte. Den Grund dafür finden wir ebenfalls in der Kulturpolitik von Klebelsberg, die neben allen inhaltlichen Charakteristika, die auf eine geistige Verzerrung hinweisen, in gewisser Hinsicht positiv eingeschätzt werden kann, so zum Beispiel auch darin, daß auf dem Gebiet der Grund- und Mittelschulbildung eine großangelegte Entwicklung durchgeführt wurde.

Was also die Verteilung der Studentinnen auf die unterschiedlichen Fächer betrifft, sinkt ihr Anteil an der medizinischen Fakultät allmählich, während er an der philologischen Ausbildung stürmisch zunimmt. Diese Tendenz ist zwischen 1920 und 1930 sehr stark, während die Verringerung von 1936 eine Wirkung der bereits zitierten Verordnung von 1934 ist. — An fast jeder Universität, die sich mit der pharmazeutischen Ausbildung beschäftigt, ist die ständige zahlenmäßige Vermehrung der Pharmaziestudentinnen auffallend. — Im Interesse des besseren Nachweises der strukturellen Veränderungen haben wir auch den prozentuellen Anteil

der Studentinnen errechnet. In Verbindung mit der Methode der Erarbeitung müssen wir bemerken, daß — obwohl der zahlenmäßige Anteil der Frauen an der theologischen Fakultät nicht bedeutend ist — sich unser Nachweis auch auf diese Angaben erstreckt, wobei die Ansprüche der reformierten Kirche sowie der Diakonissenausbildung der evangelischen Kirche vor Augen gehalten wurden, die sich mit der Verordnung von 1927 den Frauen erschloß. Weiterhin veröffentlichen wir auch die Angaben der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften, die zwar den Frauen verschlossen war, doch wie sich aus unserer Tabelle ergibt, tauchten auch an dieser Fakultät Studentinnen gleichsam wie weiße Raben auf.

Budapester Péter — Pázmány — Universität

Fakultäten	1920/21			1930/31			1936/37		
	männl.	weibl.	w. %	männl.	weibl.	w. %	männl.	weibl.	w. %
röm.-kath.	97	0	0	136	0	0	11	0	00
theol. Fak.									
jur. Fak.	1318	11	0,82	2043	7	0,34	2398	9	0,03
mediz. Fak.	2850	280	8,90	1148	106	8,45	761	105	12,12
philolog. F.	611	461	40,50	781	823	51,30	740	703	45,94
pharmaz. Fak.	138	34	19,76	93	61	39,60	83	80	49,08
insgesamt:	5014	786		4201	997		4093	897	

Debrecener István — Tisza — Universität

Fakultäten	1920/21			1930/31			1936/37		
	männl.	weibl.	w. %	männl.	weibl.	w. %	männl.	weibl.	w. %
ref. theol. F.	49	0	0	165	5	0,28	166	4	2,35
jur. Fak.	285	4	0,13	629	1	0,01	527	1	0,18
mediz. Fak.	—	—	—	259	26	9,89	228	45	16,48
philolog. F.	64	39	37,86	199	109	32,14	180	104	12,31
insgesamt:	398	43		1252	141		1101	154	

Pécsér Erzsébet — Universität

Fakultäten	1920/21			1930/31			1936/37		
	männl.	weibl.	w. %	männl.	weibl.	w. %	männl.	weibl.	w. %
evang. Fak.	—	—	—	96	4	0,40	121	1	0,81
jur. Fak.	—	—	—	824	—	0	937	—	0
mediz. Fak.	473	156	24,96	287	30	9,46	297	61	17,09
philol. Fak.	6	11	64,70	88	88	50,00	64	56	46,66
insgesamt:	479	167		1295	122		1419	118	

Szegeder Franz – Joseph – Universität

Fakultäten	1920/21			1930/31			1936/37		
	männl.	weibl.	w. %	männl.	weibl.	w. %	männl.	weibl.	w. %
jur. Fak.	371	8	0,21	974	9	0,1	796	1	0,13
medizin. Fak.	624	120	16,12	291	55	15,8	229	52	18,5
Philolog. F.	57	55	49,10	163	206	55,01	76	53	41,08
pharmaz. Fak.	53	3	0,53	54	27	33,33	33	15	31,25
mathem u. nat. wiss. Fak.	—	—	—	—	—	—	86	34	28,33
insges:	1105	186		1482	297		1220	155	

Die Arbeitslosigkeit der akademischen Frauen als eine auch die Lage der akademischen Männer berührende Frage war sowohl auf internationalen als auch ungarischen Foren Diskussionsgegenstand. Als auffälligste Erscheinung könnte formuliert werden, daß man als zweckmäßigste Methode zur Milderung der Arbeitslosigkeit der Männer die Verringerung der Anzahl der akademischen Frauen betrachtete. Aus einem Bericht des Außenministeriums, der über den 1937 in Paris veranstalteten Kongreß referiert, können wir uns ein Bild über die Lage der Akademikerinnen formen. Die auf internationalen Foren getroffenen Entscheidungen waren diskriminierenden Charakters. In den Bericht wird das Referat von Mme M.L. Puech zitiert.¹⁷ Die internationale Organisation der Universitätsabsolventen beschäftigte sich 1931 mit der Krise der geistigen Arbeit und ersuchte das Internationale Büro für Arbeit (Bureau Internationale du Travail), sich zusammen mit der beim Völkerbund wirkenden Kommission für Geistige Zusammenarbeit mit dieser Frage zu beschäftigen. 1934 erließ der Völkerbund einen Aufruf an seine Mitgliedsstaaten, veranstaltete dann 1936 auf Ersuchen der Kommission für Geistige Zusammenarbeit auch eine Enquete und ließ schließlich eine Erhebung durchführen. Unter Beachtung dieser Ergebnisse schlug er dann folgende – auch die Frauen betreffenden – Maßnahmen vor: eine ständige statistische Beobachtung der Lage der geistigen Arbeitskräfte, die Schaffung neuer Arbeitsstellen, die Verringerung des Rentenalters, Schaffung von Institutionen zur Berufswahl, Arbeitsverbot der Rentner, *Verbot der Anstellung verheirateter Frauen*, Aufstellung von Interessenschutzorganisationen bei einzelnen Berufen (für Rechtsanwälte und Ärzte unter Beibehaltung des Numerus clausus), Aufstellung von Informationsbüros an den Universitäten, Schaffung von Assistentenstellen an den Universitäten, Verringerung der Arbeitszeit usw. Unter den vorgeschlagenen Maßnahmen kann diejenige als nachteiligste bezeichnet werden, die das Verbot der Universitätszulassung von Frauen bzw. deren Beschränkung besagen will. Gegen die die Frauen betreffenden Beschränkungen hat die Organisation der Akademikerinnen protestiert, infolge der Wirtschaftskrise jedoch ohne viel Wirkung.

Die internationale Organisation der Akademikerinnen wurde 1919 von den Akademikerinnen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Kanadas geschaffen. Innerhalb von 15 Jahren (bis 1934) wurden in 33 Staaten unter nationalen Rahmen solche Vereinigungen geschaffen. Das Ziel der Organisation wurde in der Gründungsurkunde wie folgt festgelegt: „Das Ziel des internationalen Verbandes der Akademikerinnen besteht in der Förderung der Freundschaft und des Verständnisses zwischen den Akademikerinnen der unterschiedlichen Nationen, der Pflege ihrer Interessen sowie der Entwicklung von Sympathie und Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern.¹⁸ Ungarn ist seit 1926 Mitglied dieser Organisation (ungarischen Quelle zufolge seit 1925). Das Blatt der geistig tätigen ungarischen Frauen¹⁹ verbindet die Bildung der Vereinigung mit dem Erscheinen der Studie „Frauen an den Universitäten“ (1925) von Professor Gyula Kornis, einer einflußreichen kulturpolitischen Persönlichkeit und Gegner des Universitätsstudiums von Frauen. — Die „Antwort“ auf den Artikel von Kornis erscheint in den Spalten der Zeitschrift „Napkelet“, verfaßt von Emma Ritóók (dieses Blatt wird von der Schriftstellerin Cecil Tormay redigiert, Vorsitzende des Nationalen Verbandes der Ungarischen Frauen, des regierungstreuen Frauenverbandes dieser Epoche). Die 1934 formulierte und auch ein Programm enthaltende „Kurze Information“ hebt die Wichtigkeit der Pflege der internationalen Verbindungen hervor, die Pflicht der Verbreitung der ungarischen Kultur, verkündet aber gleichzeitig ein völlig unpolitisches Engagement.²⁰ Der internationale Verband der Akademikerinnen hielt 1934 in unserem Land einen Kongreß ab. 1935 wird in der europäischen Politik die Verschiebung nach rechts allgemein. In dieser Atmosphäre war es als ungarischer „Erfolg“ zu verzeichnen, daß auf der Sitzung des Völkerbundes der französische Außenminister Laval als Referent der Internationalen Kommission für Geistige Zusammenarbeit die Wahl der Schriftstellerin Cecil Tormay in die Kommission vorschlug. Die vorschlagenden Zeilen erübrigen einen Kommentar dazu, welche Verschlechterung in der Lage der akademischen Frauen eingetreten ist: „Seit dem Tode von Madame Curie hat die Internationale Commission für Geistige Zusammenarbeit kein weibliches Mitglied. . . ich schlage vor, auf diesen Platz die ausgezeichnete ungarische Schriftstellerin Cecil Tormay zu wählen, deren Tätigkeit als Roman- und Geschichtsschreiberin sowie Kritikerin allgemeine Anerkennung findet.“²¹

Die Ereignisse von 1935 brachten nicht nur „glänzende“ Erfolge in Ausland, auch die sich mit den existentiellen Problemen beschäftigenden Artikel vermehrten sich im Blatt des Verbandes. Emma Sándor fragt in ihrem Artikel besorgt: „Welche Berufe stehen den Mädchen offen, die jetzt das Abitur ablegen?“²² Das von ihre gezeichnete Bild ist traurig: „Die jetzt das Abitur ablegenden Mädchen können im Ärzteberuf nicht auf eine Privatpraxis rechnen, auf ein Unterkommen bei den Versicherungsinstituten besteht wenig Möglichkeit, höchstens als Zahnärzte oder Medizinkosmetikerinnen können sie auf eine Stellung rechnen.“ Im Bereich des Lehrerberufes „ist die Aufnahmefähigkeit des verkleinerten Landes viel weniger, als die vier Universitäten jährlich entläßt.“ Im Apothekerberuf sieht es

mit den Stellungsmöglichkeiten an traurigsten aus, 1935 gab es dem Artikel zufolge allein in Budapest 1500 stellungslose Apotheker. Der Beruf als Chemiker „gewährt den Frauen vielleicht die größte Aussicht, nachdem sich unsere Fabrikindustrie — ich denke hauptsächlich an die Arzneimittel- und Konservenfabriken — stark entwickelt.“ Von den künstlerischen Berufen gibt sie eine ebenfalls deprimierende Information: „denjenigen, die vernünftig genug sind, und auch die Existenz in Betracht ziehen, kann ich entschieden nur den Beruf als Musikpädagoge oder Kunsthandwerker empfehlen.“ Unter den in Frage kommende Berufen empfiehlt sie die als Heilpädagogin, Sozial- und Schulschwester.

Die Probleme der Ärztinnen, die ihnen gegenüber angewandte offene rechtsdiskriminierende Unterbringungspraxis wird von Dr. Erzsébet Madarász auf der Sitzung des Ungarischen Landesärzteverbandes vom 5. Mai 1935 zur Sprache gebracht. Zu einer ähnlichen Äußerung ist Dr. Margit Ungár auf der am 12. August 1935 abgehaltenen Sitzung der Landesrechtsanwaltskammer gezwungen.²³ Es sei bemerkt, daß die Rechtsanwaltskammer kurz zuvor den Frauen die Tore geöffnet hatte, d.h. den im Ausland studierten und über ein nostrifiziertes Diplom verfügenden Frauen, da bis 1945 die juristischen Fakultäten in unserem Land den Frauen verschlossen waren.

Der internationale Verband der akademischen Frauen wandt sich im Interesse der stellungslosen Akademiker auch an internationale Foren. Er legte auf der 19. Internationalen Konferenz für Arbeitswesen ein Memorandum in Schutz derjenigen geistig tätigen Frauen vor, die zwecks Verringerung der Männer-Arbeitslosigkeit ihre Entlassung erhalten hatten.²⁴

Zu Ende der dreißiger Jahre wurde die durch die Wirtschaftskrise verursachte Arbeitslosigkeit durch die Kriegskonjunktur gemäßigt. Die Vereinigung der Frauenverbände Ungarns bestürmte erneut das Ministerium für Religions- und Bildungswesen, um eine Öffnung der ihnen bisher verschlossenen Berufe, besonders der Juristenlaufbahn zu erreichen. In dem Gesuch von 18. Juni 1938 werden all die Argumente wiederholt, die die 1923 und später eingereichten Gesuche enthalten hatten. Es wurde sich auf die veränderte wirtschaftliche Lage der Frauen berufen, die schwere Lage der zum Broterwerb verurteilten Frauen und auch darauf, daß die Frauen auf der Intelligenzlaufbahn standgehalten haben.²⁵ Das im Dezember 1939 wiederholte Gesuch verlegt infolge der territorialen Zunahme des Landes die nachteilige Lage der Frauen in den Mittelpunkt, die in Oberungarn leben. In der Tschechoslowakischen Republik war nämlich infolge der bürgerlichdemokratischen Verfassungseinrichtung im Universitätsstudium der Frauen die Rechtsgleichheit verwirklicht worden und die Frauen waren auch zur Juristenlaufbahn zugelassen (ihre Anzahl erreichte übrigens nicht einmal 10%). Das dritte Gesuch, das im Interesse der Öffnung des Juristenberufes vor den Frauen vom Ungarischen Verband der Frauen mit Universitäts- und Hochschulabschluß dem Ministerium unterbreitet wurde, erlitt das gleiche Schicksal, es wurde mit der Maßnahme von 3. Juni 1942 ad acta gelegt.²⁶

Die Beschränkungen hinsichtlich der jüdischen Studenten

Im Kreise der Numerus clausus-Bestimmungen, zu denen es infolge der Wirtschaftskrise kam, wurden zu Beginn der dreißiger Jahre keine, die Aufnahme der jüdischen Studenten beschränkende, offene rechtsdiskriminierende Bestimmungen herausgegeben, trotz des Umstandes: daß die politischen Richtungen der Rechten diese Forderung an der Tagesordnung hielten. Auch Gyula Gömbös verleugnete in seinem Exposé als Ministerpräsident in Herbst 1932, in dem er in Zeichen des nationalen Zusammenschlusses allen gesellschaftlichen Richtungen Versprechungen machte, in aller Öffentlichkeit seine Rassenschutz-Vergangenheit und strebte danach, das ungarische Judentum zu beruhigen: „dem Judentum sage ich offen und aufrichtig, daß ich meinen Standpunkt revidiert habe. Den Teil des Judentums, das die Schicksalsgemeinschaft mit der Nation kennt, möchte ich ebenso als Bruder betrachten, wie meine ungarischen Brüder.“ Seine Ausführungen, in denen er sein kulturpolitisches Programm skizziert, versprechen neben Rettung der Talente die Gewährleistung des nationalen Gehaltes der Kultur.²⁷

Zu Beginn der dreißiger Jahre wurden durch die Machtübernahme der Nazis in Deutschland im mitteleuropäischen Raum neben den neuen, faschistischen Konzeptionen auch die mit alter konservativer Ideologie auftauchenden kulturpolitischen Konzeptionen erweckt, es kam zu einer erneuten Welle des Antisemitismus. Als beachtenswert können wir den Umstand ansehen, daß die ungarische kulturpolitische Führung von offenen rechtsdiskriminierenden Bestimmungen absieht und wir auch im weiteren in Hinsicht der Beurteilung des Gesetzesartikels 25 von 1920 eine gewisse Diskrepanz feststellen können. Die ausgesprochen rechtsgerichteten Richtungen zitieren und fordern im Zeichen der „Ahnensuche“ die 1920 erlassenen, sich auf Juden beziehenden offenen rechtsdiskriminierenden Bestimmungen, während die auch liberale Traditionen in Betracht ziehenden Konservativen die Kontinuität des Gesetzes verleugnen und nicht auf die Wirksamkeit der negativen Maßnahmen (des Ausschlusses) vertrauen. Das kulturpolitische Denken von Bethlen verfolgt auch noch in den kritischen Jahren zu Ende des Jahrzehnts den von Klebelsberg formulierten Gedanken, daß Kulturpolitik nur durch konstruktive Zielsetzungen formiert werden kann. Die christliche Jugend muß also durch wirtschaftliches Denken und den Weg der Selbsttätigkeit unterstützt werden, nicht aber durch Ausschluß der „Konkurrenten“. Diese Gedanken werden in voller Offenheit erst in Verbindung mit der Diskussion zum zweiten Judengesetz formuliert, sind aber in den dreißiger Jahren immer anwesend.

Die ungarische Gesetzgebung macht den sich auf Juden beziehenden Numerus clausus durch das erste und zweite „Judengesetz“ von 1938 und 1939 erneut zum Gegenstand der Rechtsetzung. Wir möchten diese Gesetze auch unter den geschlossenen Rahmen unseres Themas nicht analysieren, weil sie auch Regelungen enthielten, die über die Beschränkungen in den Intelligenzberufen hinausgingen, gleichzeitig würde die eingehende Analyse dieser Beschränkungen eine tiefere Darlegung des gesellschaftli-

chen Hintergrundes beanspruchen. Wir möchten lediglich auf den Zusammenhang verweisen, daß in Verbindung mit der Diskussion dieser Gesetze der Gedanke der Kritik des „Liberalismus“ der Universitätspolitik der Bethlenschen Konsolidation und als deren Vorgänger der Kulturpolitik des Dualismus auftauchte, daß nämlich der unmittelbare Vorgänger der Judengesetze der Gesetzesartikel 25 des Jahres 1920 war.

Im folgenden sind wir bestrebt, das „Nachleben“ des inkriminierten Abschnittes des Numerus clausus-Gesetzes (des 3. § des Gesetzesartikels 25 von 1920, der zum ersten Mal die Rechtsbeschränkung der Juden verfügt) vorzustellen, um dadurch anstelle falscher Identität die Aufmerksamkeit auf die wirklichen Zusammenhänge zu verweisen.

Eine 1935 durch das statistische Landesamt — unter dem Namen von Staatssekretär Lajos Kovács, Vorsitzender des ung. königl. Statistischen Zentralamtes — angefertigte Arbeit zeigt gut die Absichten der Regierung. Die umfassende Arbeit entstand aufgrund einer Anfrage des Chefs des Kabinettsbüros von 15. Juni 1931 bezüglich der gesellschaftlichen Lage und Zahlenverhältnisse der Juden. Die statistische Erhebung geht von den Intentionen des Gesetzesartikels 25 des Jahres 1920 aus und ermißt den Wirksamkeitsgrad des Gesetzes, gleichzeitig aber hat sie die Rolle des Judentums zum Gegenstand, die dieses in der gesamten ungarischen Gesellschaft einnimmt.²⁸

Der Bericht von Lajos Kovács nähert sich der gesellschaftlichen Lage des Judentums in Ungarn von mehreren Seiten, analysiert aber in erster Linie die Mittelschichten, und auch innerhalb derer die Lage der Intelligenz. Als ein entscheidender Faktor der gesellschaftlichen Lage der Juden wird formuliert, daß „sie sich in der von der Anzahl her viel geringeren Mittelschicht unserer Gesellschaft befinden“ — was außer der bedeutenden Wirkung ihrer vermögenden Elemente auch wegen der Wirkung innerhalb der ungarischen Intelligenz nicht wünschenswert ist. Bei Untersuchung der einzelnen Berufsgebiete fällt dem heutigen Leser besonders die große Verringerung der Juden im Kreis der öffentlichen Angestellten auf. Am auffälligsten ist diese Erscheinung bei der Armee, wo 1920 noch 2435 Juden im Dienst standen, 1935 beträgt die Zahl der jüdischen Offiziere insgesamt noch 154. Auch der Rückgang der Anzahl im Kreis der Staatsbeamten ist beträchtlich. Während 1920 noch 4,6% der Staatsbeamten Juden waren, verringert sich ihr Anteil 1935 auf 1,6%. Auch auf den in engerem Sinne verstandenen Arbeitsgebieten der Intelligenz waren die Maßnahmen der Kultusregierung ebenfalls „erfolgreich“. Im Lehrerberuf und innerhalb dessen besonders bei den Handelsschul- und Bürgerschullehrern hat ihre Zahl sichtlich in bedeutendem Maße abgenommen. In der ersten Kategorie von 29,7% auf 12,7%, in letzterer von 9% auf 4,6%.

In den sog. freien Berufen ist die Verringerung schon kleineren Ausmaßes. Die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte verringert sich zwar, war ihren prozentuellen Anteil betrifft, von 50,6% auf 49,2%, nimmt in absoluten Zahlen gerechnet jedoch zu. Die Verringerung des Anteils der jüdischen Ärzte ist schon beträchtlich, von 46,3% auf 34,4%. — Wir sind der Ansicht, daß bei diesem Rückgang auch der Umstand eine Rolle spielt, daß

die beschränkenden Maßnahmen des Gesetzesartikels 25 von 1920 mit der größten Strenge an den medizinischen Fakultäten durchgeführt wurden.

Der Gesetzesartikel 15 des Jahres 1938,²⁹ dessen Entwurf von Ministerpräsident Kálmán Darányi am 8. April 1938 der öffentlich-rechtlichen, der Wirtschafts-, der Verkehrs-, der Bildungs- und der Justizkommission des Abgeordnetenhauses zwecks Debatte zugesandt wurde, verfügte die Aufstellung einer Presse- und Theaterkammer. Es sei bemerkt, daß solche Kammern auf anderen Berufsgebieten der Intelligenz auch schon zuvor tätig waren. Die Abschnitte 4–7 des Gesetzesentwurfes legten die Anteilzahl der jüdischen Intelligenz in den unterschiedlichen Berufsgruppen fest. Dem 4. Abschnitt zufolge können „als Mitglieder der Pressekammer und der Theaterkammer Juden nur zu einem solchen Anteil aufgenommen werden, daß ihre Zahl die Anzahl der gesamten Mitglieder der Kammer die 20% nicht übersteigt. Nicht zu diesen 20% zu zählen sind die Kriegsverletzten, die Artilleristen, diejenigen, die vor dem 1. August 1919 zu irgendeiner anderen Religion übergetreten sind und seither ohne Unterbrechung Mitglied dieser Religion sind oder aber solchen Eltern entstammen.“ Der 5. Abschnitt gestattet bei Nachrichtenblättern die Anstellung von jüdischen Personen im ständigen Arbeitsverhältnis nur zu einem Anteil von 20%. Dem 6. Abschnitt zufolge wird die Rahmenzahl bei Schauspielern vom Minister für Religion und Bildungswesen festgelegt. Der 7. Abschnitt gestattet in der Anwalts-, Ingenieur- und Ärztekammer die Aufnahme von Personen jüdischer Herkunft zu einem in 4. Abschnitt festgelegten Anteil. Die Begründung des Gesetzesentwurfes ist sehr ausführlich. Sie beschäftigt sich eingehend mit der gesellschaftlichen „Raumeroberung“ der Juden. Vom Gesichtspunkt unseres Themas aus ist der Teil der Begründung von Bedeutung, demzufolge das Gesetz „benötigt wird von dem nicht nur gebiets- und bevölkerungsmäßig verstümmelten, sondern auch in seinen Wirtschaftsmöglichkeiten behinderten Land zur würdigen Befriedigung des berechtigten Stellungs- und Verdienstanpruches der nichtjüdischen jungen Intelligenz.“ Als Anlage zur Begründung des Gesetzesentwurfes ist der Nachweis des Anteils der Juden unter den Hochschulstudenten zwischen 1920 und 1935 aufgeführt.

Der von Ministerpräsident Béla Imrédy eingereichte Entwurf zum Gesetzesartikel 4 des Jahres 1939³⁰ wurde von den Legislativkommissionen außer Mitwirkung des Ministerpräsidenten noch unter Teilnahme des Ministers für Religion und Bildungswesen Pál Teleki, des Justizministers András Tasnádi Nagy sowie des Ministers ohne Ressort Andor Jaross diskutiert. Die offene rechtliche Diskriminierung der Juden beim Numerus clausus an die Universitäten und Hochschulen wurde von Justizminister András Tasnádi Nagy initiiert: „... wie wir alle wissen, war die Frage des Numerus clausus an den Universitäten Gegenstand sich jährlich wiederholender Proteste, die nicht entsprechend klar und unmißverständlich geregelt war und deren Regelung zum großen Teil nur auf der Praxis basierte. Um diesen Zustand zu beheben, wird mein Referent vorschlagen, den Numerus clausus bereits in diesem Gesetz auszusprechen, der bisher nur in der Praxis zur Geltung kam, auf einer Grundlage von 6%.“

Die Dabatte zum zweiten Judengesetz dauerte in der Vorbereitungs-kommission und in Parlament mehrere Monate, der Entwurf war Gegenstand sehr heftiger Diskussionen. Natürlich nicht in erster Linie und ausschließlich hinsichtlich des auf unser Thema bezüglichen Abschnittes, sondern auch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beschränkungen der Juden, wo die rationeller Denkenden die wirtschaftlichen Beschränkungen der ungarischen Juden in Hinsicht auf internationale Zusammenhänge als schädlich erklärten (György Apponyi, István Bethlen). Ebenfalls vom Gesichtspunkt unseres Themas aus bedeutend, und in Hinsicht auf den breiten Kreis der Rechtsbeschränkungen stellt sich allgemein die Frage, wen die Diskrimination betrifft. Es taucht erneut die Frage auf, ob das Judentum eine Rasse oder eine Religion ist, d.h. unter welche Beurteilung die ihre Religion wechselnden Juden fallen sollen. In dieser Hinsicht wich der Standpunkt der Kirchen natürlich bedeutend von dem der rechten Richtungen — besonders der Pflilkreuzler-Abgeordneten — ab, die ersteren betonten nämlich den religiösen Charakter des jüdischen Wesens. Die betreffs der Zulassungen zu den Universitäten erfolgte Beschränkung löste im Laufe der Diskussion ebenfalls scharf entgegengesetzte Anschauungen aus. Dieser Diskussionspunkt beweist unserer Ansicht nach am deutlichsten, was von Gesichtspunkt der Berufungsmöglichkeit aus der Gesetzesartikel 25 des Jahres 1920 in der ungarischen Gesetzgebung bedeutete. János Makkai, der Referent des Entwurfes, Baron Miklós Vay und Károly Meizler tragen die unterschiedlichsten Variationen extrem rechter Anschauungen vor. Ihnen gegenüber stellen sich István Bethlen, Gusztáv Gratz sowie Károly Rassay, die zwar alle drei zu einer anderen politischen Richtung gehören, aber gegen die Formulierung der offenen Diskrimination auftraten.

Makkai und Meizler zitieren den Bischof Prohászka, einen der Initiatoren des Gesetzesartikels 25 von 1920 und verwenden zur Begründung ihres Standpunktes der Beschränkung durch eine Rechtregel die Worte des damals bereits anderthalb Jahrzehnte toten Bischofes in einer veränderten historischen Situation. Beachtenswert ist die Berufung von Miklós Vay auf die oben von uns zitierte Feststellung von Gyula Gömbös aus dem Jahre 1932. Gleichzeitig läßt die Berufung auf die internationalen Zusammenhänge die ausländischen Inspiratoren des Gesetzes eindeutig werden. „Ich glaube nicht, daß es jemanden in diesem Saal gibt, der glauben würde, daß der ehemalige Ministerpräsident, Herr Gyula Gömbös, nicht an der Spitze der Judenfrage stehen würde und unter heutigen Verhältnissen diese nicht initiieren würde. Daß er damals seine Vorstellungen nicht durchführen konnte und gezwungen war, seinen Standpunkt zu revidieren, dazu haben sehr viele traurige Vorereignisse beigetragen und dies steht in Zusammenhang mit den damaligen Verhältnissen. Wir wissen sehr gut, daß Ungarn damals isoliert war und es keine einzige Großmacht gab, die in der Judenfrage einen gewissen Staadpunkt eingenommen hätte, wir allerdings waren uns darüber im Klaren: Hätten wir damals die Judenfrage gestellt, hätte dies das Judentum in ganz Europa verhindert, hätte dies auf dem Weg über das ausländische Judentum verhindert und hätte den

Lebensfaden des Wirtschaftslebens des ganzen Landes zerschnitten. Daß wir ein Judengesetz schaffen können, hat seinen einzigen Grund darin, daß wir Waffenbruder Deutschlands sind und daß wir Waffenfreund der zum Nachbar gewordenen italienischen Großmacht sind, also der Achse Rom-Berlin kommt auch eine große Bedeutung dabei zu, daß wir endlich das Judengesetz realisieren können.“ István Bethlen stellte sich scharf der offenen Entrechtung der Juden entgegen und verbarg auch seine Meinung auch hinsichtlich des ersten Judengesetzes nicht. Er entsagte prinzipiell dem Umstand, den Anschein der Gesetzlichkeit zu fordern. „Ich werde die Frage nicht vom Gesichtspunkt des Prinzips der Rechtsgleichheit aus erläutern. Der erste Juden-Entwurf übt auf diesem Gebiet einen Frontdurchbruch durch, und es gehört nicht zu den Aufgaben der praktischen Politik, einem solchen Frontdurchbruch gegenüber die Wiederherstellung einer alten Front zu fordern oder zu versuchen, dies zu erreichen, wenn dazu absolut keine Aussicht besteht.“ — Vom Gesichtspunkt der praktischen Politik aus weist er diejenigen Standpunkte zurück, die unter Berufung auf die ausländischen Gesetze eine neuere offene Entrechtung der Juden einführen wollen. Er verweist ausdrücklich darauf, daß der Numerus clausus in Ausland abgewiesen wird. „Es stimmt zuerst auch nicht, daß in Europa 200 Millionen Menschen solche Gesetze geschaffen haben. Deutschland und seinem Beispiel folgend Italien haben solche weitreichende Judengesetze geschaffen, von den anderen Ländern kann aber in solchem Sinne nicht gesprochen werden. Es genügt, wenn ich darauf verweise, daß zum Beispiel Jugoslawien — wie das bereits in irgendeinem Blatt erschienen ist — diesen Gedanken geradewegs zurückgewiesen hat.“ — Von innenpolitischer Hinsicht aus fürchtet er bei dem neuen Gesetz um die Stabilität des Rechtssystems und verbindet die Abschaffung der rechtlichen Garantien mit der Möglichkeit der später so tragisch eingetretenen Ereignisse. „... die vorangehende Regierung hat ihren Vorschlag in der Absicht unterbreitet, daß sie nunmehr in dieser Hinsicht nicht überboten werden kann, weil damit die Frage gelöst ist und die Regierung es nicht zulassen wird, daß auf diesem Gebiet eine weitere Steigerung eintritt. Diese Äußerung des Herrn Ministerpräsidenten Darányi hat sich auch der gegenwärtige Herr Ministerpräsident zu eigen gemacht, demnach muß meiner Ansicht nach mit einer viel ernsteren Begründung aufgetreten werden, als dies im Entwurf oder von Seiten des verehrten Herrn Referenten geschehen ist, denn der Umstand, daß vor einem halben Jahr gemachte Versprechungen nach einem halben Jahr als nichtig betrachtet werden, verursacht in der öffentlichen Meinung des ganzen Landes den Eindruck, daß wir hier auf einen Abhang geraten, auf dem es kein Anhalten mehr gibt.“

Von der extremen Rechten meldet sich Ferenc Rajniss zu Wort (damals noch Abgeordneter der Ungarischen Lebenspartei, d.h. der Regeierungspartei, dann nach Bildung der Imrédy-Partei Vertreter dieser nach rechts tretenden Partei. Bereits dieser Diskussionsbeitrag widerspiegelt seine rassenideologischen Ansichten, der ebenfalls die historische Rolle des Gesetzesartikels 25 von 1920 bzw. des diesen modifizierenden Gesetzes-

artikels 14 von 1928 neu interpretiert. Unter Verfälschung des gesamten Lebenswerkes von Kunó Klebelsberg eignet er dem modifizierenden Gesetz ausschließlich materiellen Hintergrund zu und beachtet nicht dessen Zusammenhang mit dem Schicksal der ungarischen Minderheit. „1925, in der Glanzzeit des Judentums“, sagte Rajniss, „hat der internationale Judenverband die Frage des Numerus clausus vor den Völkerbund gebracht. . . Die internationalen Judenverbände haben die ungarische Souveränität dadurch verletzt, indem sie sich von außen in die ungarische Gesetzgebung einmischten, wie das Graf Kunó Klebelsberg dem offiziellen Protokoll zufolge vor dem Völkerbund festgestellt hat. Vergeblich hat Klebelsberg protestiert und klargelegt, daß den Juden hier in Ungarn mehr Rechte zustehen, wie den anderen und daß sie in dem dem Völkerbund unterbreiteten Gesuch noch mehr fordern, Graf Kunó Klebelsberg war gezwungen, sich zu verpflichten, daß die ungarische Gesetzgebung in aller kürzester Zeit ein anderes Gesetz schafft. . . weil sie uns in der Optantenfrage und der Frage der Anleihe des Völkerbundes in der Zange hatten.“ Der bekannte Statistiker Béla Kenéz verwies auf die Übertreibungen in den Zahlenangaben des Gesetzesentwurfes und kam besonders in Hinsicht des jüdischen Übergewichtes innerhalb der Intelligenz zu einer beachtenswerten Feststellung: „... einer meiner Statistenkollegen hat eine Berechnung durchgeführt, die ich im Endergebnis etwas übertrieben und nur unter gewissen Vorbehalten für annehmbar betrachte, der zufolge in Bereich der Intelligenzberufe den 540 000 Christen gegenüber 140 000 gläubige und 60 000 getaufte Juden stehen, was 27 – 28% entspricht.“

Nach Inkrafttreten des Gesetzesartikels 4 von 1939 mußte das Ministerium den Gesetzesartikel 14 von 1928 über die Aufnahmeordnung an die Universitäten und die zu seiner Durchführung erlassene Verordnung Nr. 53.000/1928. IX. modifizieren. Unter Beibehaltung der Gültigkeit des Gesetzes betrifft die Verordnung Nr. 3.800/1939 lediglich die Durchführungsverordnung, unter Berufung auf die hinsichtlich der zur Durchführung des Gesetzesartikels 4 von 1939 erlassene Verordnung. Diese Verordnung schrieb die Einreichung von Dokumenten zum Nachweis der Abstammung vor. Dem 8. Abschnitt der Verordnung zufolge sind außer der Geburtsurkunde auch die Geburtsurkunden (Taufscheine) beider Elternteile erforderlich und falls erforderlich, die in der Verordnung Nr. 7.300/1939. M.E. zur Durchführung des Gesetzesartikels 4 von 1939 vorgeschriebenen Urkunden. Die letztere Verordnung enthält diejenigen Kategorien, die eine Ausnahme von den beschränkenden Bestimmungen des Gesetzes darstellen.

Die beschränkenden Bestimmungen des zweiten Judengesetzes lösten natürlich internationalen Widerstand aus, und besonders die jüdischen Organisationen strebten danach, den entrechtenden Charakter des Gesetzes zu enthüllen. Der Congres Juif Mondial veröffentlichte unter dem Titel „La Situation des Juifs en Hongrie“ eine Erklärung.³¹ Diese nicht lange Erklärung (von einem nicht ganz 3 Seiten betragenden Umfang) beruft sich nur auf die markantesten historischen Tatsachen und Daten. So verweist sie auf die Rolle, die die Juden bei der Entwicklung des ungarischen

Handels und der Industrie gespielt haben, weiterhin auf die Bedeutung der dem Großbesitz gewährten Kredite. Für uns sind jedoch die sich auf die jüdische Intelligenz — und besonders die jüdische Universitätsjugend — beziehenden Angaben wertvoll. Vor allem wird in diesem Zusammenhang dagegen protestiert, daß die Juden als Hemmfaktor der Durchsetzung der jungen Intelligenz aufgeführt werden. Der Zahlenanteil der jüdischen Intelligenz ist dieser Erklärung nach, die den prozentuellen Anteil in einer Tabelle veröffentlicht, ähnlich zu den von Béla Kenéz gekennzeichneten Daten. Wir halten besonders die Verringerung der Anzahl der jüdischen Rechtsanwälte für beachtenswert. Diese Bemerkung kennzeichnet nämlich im Kreise der Rechtsanwälte ihre Verringerung um ein Drittel in den letzten sieben Jahren: „Dans l'espace de 7 ans la participation des *advocats juifs* a diminué d'un tiers“. Besonders charakteristisch für die Lage der jüdischen Intelligenz ist — was in der Veröffentlichung der Organisation auch hervorgehoben wird, und auch unseren bisherigen Kenntnissen entspricht —, daß die Juden im Privatsektor ihr Unterkommen finden, in den geistigen Berufen beträgt zum Beispiel ihr Anteil innerhalb der Rechtsanwälte zwar 42,2%, jedoch lediglich 1,8% im Staatsanwalt- und Richterberuf, und in gesamten Justizapparat beträgt ihr Anteil insgesamt 2,1%. Im Gegensatz zu einzelnen Sektoren der Intelligenzberufe zeigen sich auch scharfe Unterschiede auch in den Anstellungsverhältnissen der Handels- und Beamtenberufe. Während 44% der Juden in Handel und in der Industrie tätig sind, sind lediglich 1,5% von ihnen Staatsbeamte. — Schließlich halten wir noch die Feststellung für sehr bedeutend, die auch unser Thema betrifft (insofern die mitgeteilte Angabe einen bedeutenden Anteil jüdischer Intelligenz enthält), daß nämlich von 207.449 eine Berufstätigkeit ausführenden Juden 15.000 bis 16.000 vom Gesetz betroffen sind, was zusammen mit den unterhaltenen Personen insgesamt 50.000 Personen ausmacht.

In der konterrevolutionären Epoche wurde das letzte Gesetz zur Regelung der Aufnahmeordnung an den Universitäten und Hochschulen 1940 von der Gesetzgebung angenommen. Der Gesetzesartikel 39 von 1940 betrifft den im 4. Gesetzesartikel von 1939 verfügten 6% igen Numerus clausus nicht, sondern hält ihn ausgesprochen aufrecht. Über die weitere Beschränkung oder die Aufhebung der Aufnahme von Frauen an die Universitäten enthält er keine Bestimmungen.

FUSSNOTEN

¹ OLK.636. 24.063/1933 — Vom 15. September 1933 datierter vertraulicher Bericht von Aladár Haász für die in Angelegenheit der Überbelegung der Universitäten einberufene Genfer Konferenz. — Dem Bericht zufolge gestaltet sich die berufliche Verteilung des 54.514 Akademiker folgendermaßen: 16.617 Juristen, 4489 Mittelschullehrer, 6958 Ärzte, 665 Ökonomen, 5856 Ingenieure, 2691 Landwirtschaftsfachleute, 889 Bergwerks- und Forstingenieure, 2968 Lehrer bürgerlicher Schulen, 756 Veterinärmediziner.

² Egyetem, 1. März 1932: „Große Bewegung in Interesse der stellungslosen akademischen Jugend“ (Kostyál) — Der Artikel berichtet darüber, daß unter Führung und auf Initiative des Universitätsprofessors József Illés, Parlamentsabgeordneter, eine Kommission

entstanden ist, die zur Hälfte aus Universitätsprofessoren, zur anderen Hälfte den ehemaligen und gegenwärtigen Führern der Jugend besteht. Diese Kommission möchte sich mit konkreten Vorschlägen an die Regierung wenden und zur Besprechung der Frage eine zwischenparteiliche Konferenz einberufen. — Er beruft sich auf die im Artikel gelobten „sozialen Lösungen“ im faschistischen Italien und der deutschen Nazibewegung: „... Mussolinis weise Hand, die die Lösung von oben brachte. ... Und mit Aufmerksamkeit verfolgen wir die Lage in Deutschland, wo morgen all das von oben her geregelt wird, was wir bisher von unten her lösen möchten.“

³ Drucksachen der für den 18. Juli 1931 einberufenen Parlamentssitzung. Tagebuch des Abgeordnetenhauses Bd. VI. — 2. Mai 1932. Der Haushaltsreferent ist Imre Temesvári, der sich schon auf die Tätigkeit der zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise geschaffenen sog. „33-er Kommission“ berief. — Diese Kommission nahm auch mehrfach zur Angelegenheit der stellungslosen Akademiker Stellung. — Zur Schaffung der Kommission und über ihre anfängliche Tätigkeit siehe bei Kovács, Kálmán: Die ungarische Rechts- und Staatsentwicklung. Budapest. 1981.

⁴ OL.K. 636. 14616/1934. Demzufolge stellte das Ministerium für Religions- und Bildungswesen (ung. Abkürzung VKM) den einzelnen Ministerien und Behörden junge Akademiker in folgender Anzahl zur Verfügung: Finanzministerium: 310 Personen, Innenministerium: 73 Personen, Landwirtschaftsministerium: 69 Personen, Außenministerium: 3 Personen, Justizministerium: 5 Personen, Verwaltungsgericht: 6 Personen. (Teilweise erhaltene Dokumente des VKM K. 305., Schriftstück Nr. 1962/1934) — Auf der im Sommer 1934 abgehaltenen Ministerkonferenz wird im 3. und 4. Punkt des vom VKM vorgelegten Vorschlages bereits der Anspruch nach Reform des Aufnahmesystems der Universitäten mit der Sorge um das Schicksal der stellungslosen Akademiker verbunden. — Zuschrift an die anderen Minister in Angelegenheit der auf der Ministersitzung von Sommer 1934 durch das VKM vorzutragenden und anlässlich der Sitzung zu besprechenden Sachen: „3. Liquidierung der Aktion zur Unterbringung der akademischen stellungslosen Jugend in ihrer gegenwärtigen Form, Institutionalisierung in den übrigen Ministerien, Systematisierung des Aufsuchens und der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten.“ „4. Weitere Durchsetzung der Selektion an den Universitäten und Hochschulen durch Modifizierung der Lehr- und Prüfungsordnung sowie der Einführung gewisser Voraussetzungen zur Erteilung der Prüfungs Erlaubnis. Revision des Qualifizierungsgesetzes.“

⁵ OL.K. 636 20016/1936

⁶ OL.K. 636 18904/1936. Nur um ein Beispiel zu erwähnen: Das Ungarische Biologische Forschungsinstitut in Tihany, das gleich zwei Akademikerinnen anstellte, sowie das Mädchenlyzeum von Sopron, das nach der Quelle Nr. 19797/1936 zwei Mittelschullehrerinnen aufnahm.

⁷ OL.K. 636 20015/1936. Die Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften stellte einen Mann an, die medizinische Fakultät 5 Personen, darunter zwei Frauen, die philologische Fakultät 9 Personen, darunter zwei Frauen, die Bibliothek einen Mann, das Sternobservatorium 3 Personen, darunter eine Frau, das Seismologische Observatorium einen Mann, die Wirtschaftsdirektion 3 Männer und schließlich wurden außer den 23 Personen 6 als sog. Student stipendiaten angestellt, darunter eine Frau.

⁸ OL.K. 636 29805/1935. — Das Ersuchen der Philologischen Fakultät der Péter-Pázmány-Universität in Angelegenheit der angestellten Akademiker (Auszug): „In Hinsicht der Unterbringung der stellungslosen Akademiker wollte Euer Exzellenz den geistigen Wissenschaften helfen und hat an den Universitäten zur Ergänzung der Ansprüche dieser Fächer stellungslose Akademiker angestellt. Diese Maßnahme hat sich vorzüglich bewährt und — um unsere Bemerkungen nur auf unseren eigenen Stellungsrahmen zu beschränken — nach Ausbau des Proseminariumssystems, welches an den geistigen Fächern die Bildung ganz ersichtlich vertieft und systematisiert hat, wären die Hilfskräfte nicht mehr zu entbehren, ja an einzelnen Stellen bestünde der Anspruch nach neueren Hilfskräften.“

⁹ OL.K. 636. 25071/1936.

¹⁰ OL.K. 636 16613/1936.

¹¹ OL.K. 636. 24506/1936. Offener Brief des Religionslehrers Imre Longhauer an die Redaktion der Zeitschrift Uj Kor, Auszug aus dem Text: „Ich weiß recht, daß das Arbeitslager keine endgültige Lösung für die Arbeitslosigkeit der Jugend darstellt. Aber mit Demonstrationen auf der Straße kann kein Ergebnis erreicht werden. Unterstützungen sind der gesunden, arbeitsfähigen Jugend nicht würdig. Die Jugend verlangt mit gesetzlichen Mitteln

Arbeit, weil sie das Recht dazu hat. Die ADOB und die AKOB (erstere ist die Organisation zur Behebung der Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen, letztere die der Mittelschulabsolventen, Anm. d. Autorin) haben gute Arbeit geleistet, konnten aber keine gründliche Lösung erreichen. Mit der in Arbeitslosenlager versammelten Jugend können Ergebnisse erreicht werden, es gibt noch mehr als tausend Stellen für die stellungslosen Jugendlichen. . . In den Prohászka-Arbeitsgemeinschaften in der Hauptstadt und auf dem Land sollten eiligst folgende Themen erarbeitet werden:

Wie viele verheiratete Frauen sind bei den staatlichen und Privatunternehmen in Stellung, deren Platz von jüngeren Menschen eingenommen werden könnte? Wo sind mehr Kinder da, bei den in Stellung befindlichen Frauen, oder dort, wo die Frauen nicht angestellt sind?

Wie wird die Arbeitslosigkeit der Jugend in Italien, Österreich, Deutschland, Bulgarien und Polen bekämpft?

Wie viele Jungesellen über 30 Jahre leben in Ungarn?

Welche Jungesellensteuern gibt es im Ausland?

Wie viele Rentner gibt es, deren Rente 200 Pengő übersteigt und die dennoch in Stellung sind?

Wie verhält sich die Anteilzahl der christlichen Jugend bei den Unternehmen und Banken? . . .

Brief des Parteisekretärs der NEP (Nemzeti Egyesülés Pártja – Nationale Einheitspartei, die Regierungspartei, Anm. d. Autorin). Csurgó, am 22. Juli 1936, Auszug aus dem Brief: „Ich habe den Mut, mitzuteilen, daß ich mich mit der bedeutungslosen und unernten Hungerstreiksvorstellung des Herrn Religionslehrers Longhauer weder als Mensch noch als Parteisekretär identifiziere, ich bin somit nach diesen Ereignissen nicht bereit, Schulter an Schulter mit ihm an der Organisation des Arbeitslagers zu wirken. Die Organisation des Arbeitslagers. . . halte ich im laufenden Sommer für nicht realisierbar und durchführbar. . .“

¹² OL.K. 636. 38000/1939.

¹³ OL.K. 636. 38903/1939.

¹⁴ OL.K. 636. 12.546/1934, 20.649/1933.

¹⁵ OL.K. 636. 21.106/1934.

¹⁶ OL.K. 636. 21.104/1933 sowie die statistischen Nachweise zu 28.476/1936, welche die Zahl der weiblichen Studenten aufführen. Den statistischen Nachweis der Schrift Nr. 28.476/1936 mit dem Material hinsichtlich der Szegeder Universität bringen wir nicht in vollem Umfang, weil er leider die Angaben über das Apponyi-Kollegium und das Bürgerschullehrer-Institut nicht enthielt.

¹⁷ Das Außenministerium sendet dem Ministerium für Religions- und Bildungswesen unter Nr. 34500/1937 den Bericht des Internationalen Verbandes der Akademikerinnen über die vom 16. bis 21. Juli in Paris abgehaltene Sitzung zu. Puech: Hommage des Femmes Diplômées.

¹⁸ OL.K. 636. 14244/1934. International Federation of University Women.

¹⁹ Magyar Női Szemle (Ungarische Frauenrundschaue). Redigiert von Frau Zoltán Magyary Dr. Margit Techert, Vorsitzende der Vereinigung Ungarischer Frauen mit Universitäts- und Hochschulabschluß. Ihr Mann Zoltán Magyary leitete als hoher Beamter des Ministeriums für Religions- und Bildungswesen die Angelegenheiten in Verbindung mit dem ungarischen Hochschulwesen. Er war übrigens ein berühmter Verwaltungswissenschaftler.

²⁰ OL.K. 636. 14244/1934.

²¹ Magyar Női Szemle. Mai/Juni 1935.

²² Magyar Női Szemle. Mai/Juni 1935.

²³ Magyar Női Szemle. Mai/Juni 1935 bzw. Sept./Okt. 1936.

²⁴ Magyar Női Szemle, Juli/Aug. 1935. Nachrichten des Internationalen Verbandes.

²⁵ OL.K. 636. 23013/1938.

²⁶ OL.K. 636. 38723/1939.

²⁷ Drucksachen des für den 18. Juli 1931 einberufenen Parlaments. Tagebuch des Abgeordnetenhauses Bd. XI, Sitzung von 11. Oktober 1932.

²⁸ Staatssekretär Lajos Kovács, Vorsitzender des unglückl. Statistischen Zentralamtes: A zsidóság helyzete Csonkamagyarországon (Die Lage des Judentums in Kleinungarn). Budapest 1935. (Vertrauliches Manuskript). In der Anlage das Schreiben des Chefs des Kabinettsbüros, Sándor Vértessy vom 15. Juni 1931, in dem dieser die Durchführung der Erhebung verlangt. OL.K. 589.I./F.

²⁹ Mit vollem Titel „A társadalmi és gazdasági élet egyensúlyának hatékonyabb biztosításáról“ (Über die wirksamere Gewährleistung des Gleichgewichts des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens). OL.K. 2. Schriften des Parlaments. A. XIX. 10–101. Unter den Dokumenten dieses Gesetzesentwurfes findet sich eine vom Gesichtspunkt unseres Themas aus wichtige Übersicht über die Anzahl der jüdischen Studenten zwischen 1920 und 1935:

Jahr	Gesamtzahl d. Studenten an Hochsch.	Juden	Juden in %
1920/21	17 048	1 770	10,4
1921/22	20 240	2 356	11,6
1922/23	21 240	2 388	11,2
1923/24	17 868	1 861	10,4
1924/25	16 179	1 533	9,5
1925/26	15 776	1 373	8,9
1926/27	15 601	1 285	8,2
1927/28	16 076	1 291	8,0
1928/29	16 322	1 378	8,4
1929/30	16 281	1 473	9,0
1930/31	16 932	1 689	10,0
1931/32	16 562	1 967	11,9
1932/33	16 326	1 965	12,0
1933/34	16 308	1 816	11,1
1934/35	15 088	1 465	9,7
1935/36	14 216	1 175	8,3

³⁰ Der volle Titel des Gesetzes: A zsidók közéleti és gazdasági térhódításának korlátozásáról szóló törvény (Gesetz über die Beschränkung der Ausbreitung der Juden im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben). OL.K. 510. Protokolle der Kommissionen des Abgeordnetenhauses.

³¹ OL.K. 107.III/a.

THE LEGISLATION CONCERNING UNEMPLOYED GRADUATES IN HUNGARY DURING THE YEARS OF THE BIG ECONOMIC CRISIS

KATALIN N. SZEGVÁRI

university professor

The author analyses the unemployment of the intellectuals following the first world war. It was one of the fundamental reasons of the introduction of the law 25 of 1920 which had restricted the enrolment to universities. Due to the saturation of intellectual professions, the Hungarian government was obliged, first, to restrict the enrolment of women to the universities during the years of the big economic crisis, and later in the first two laws against the Jews under the influence of the legislation of nazi Germany it introduced the radical restriction of the rights of the Jews to work.

The main question of the study that the author analyses on the basis of rich archival data, concerns the legal measures of the situation of unemployed graduates between 1932 and 1938. The analysis of the history of law underlines the circumstances of the creation of legal rules but it takes also into consideration the social reasons and the consequences of those measures.

LA LÉGISLATION RELATIVE AUX DIPLÔMÉS SANS EMPLOI EN HONGRIE PENDANT LA GRANDE CRISE ÉCONOMIQUE**KATALIN N. SZEGVÁRI**

professeur d'université

L'auteur analyse le chômage des intellectuels après la première guerre mondiale. En effet, ce fut l'une des raisons fondamentales déterminantes de l'introduction de l'article 25 de la loi de 1920 qui avait limité les admissions aux universités. Dû à une saturation des professions intellectuelles, pendant la grande crise économique le gouvernement hongrois était obligé, d'abord, de limiter les admissions des femmes dans les universités, puis dans les deux premières lois sur les juifs — sous l'influence de la législation de l'Allemagne nazie — il avait introduit la limitation radicale des droits des juifs au travail.

La question centrale de l'étude que l'auteur analyse à la base de riches données d'archives, concerne les mesures juridiques de la situation des diplômés sans emploi entre 1932 et 1938. L'analyse de l'histoire du droit met l'accent sur les circonstances de la création des règles juridiques mais prend en considération les raisons sociales et les conséquences de ces mesures aussi.